

Börse

SMI
9962 Punkte
-0.3%

Die Besten
CS Group N +1.2%
UBS Group N +0.9%
Swatch Group I +0.8%

Die Schlechtesten
Givaudan N -1.6%
SGS N -1.3%
Nestlé N -1.1%

Dow Jones Ind. +0.2%
26 504 Punkte

Nasdaq Comp. +0.4%
7 987 Punkte

Euro in Franken	1.117	-0.25%
Dollar in Franken	0.996	-0.43%
Euro in Dollar	1.122	0.19%
GB-Pfund in Franken	1.258	0.28%
Öl (Nordsee Brent) in Dollar	62.39	-0.3%
Gold (Unze) in Dollar	1345.10	-0.1%
Silber (Unze) in Dollar	14.98	1.1%

Nachrichten

Credit Suisse in Hongkong gebüsst

Bank Die Credit Suisse muss in Hongkong wegen der Nichteinhaltung von Offenlegungspflichten eine Busse in der Höhe von umgerechnet gut 357 000 Franken bezahlen. Die Grossbank habe zwischen 2006 und 2016 ihre Beziehungen zu Unternehmen in bestimmten Research-Berichten über in Hongkong kotierte Wertpapiere nicht klar gekennzeichnet, rügte die Finanzmarktaufsicht. (sda)

Inhaberaktien werden abgeschafft

Börse National- und Ständerat haben sich gestern auf die Abschaffung der Inhaberaktien geeinigt. Damit dürften sie verhindert haben, dass die Schweiz auf einer schwarzen Liste der EU landet. Sie hatte Druck gemacht, weil Inhaberaktien anonym und leicht übertragbar sind. Deshalb können sie für Steuerhinterziehung und Geldwäscherei missbraucht werden. (sda)

Axpo-Chef tritt überraschend zurück

Energie Der Stromkonzern Axpo sucht einen neuen Firmenchef. Andrew Walo verlässt das Unternehmen nach nur fünf Jahren bis spätestens Ende Jahr. Er wird sein Amt aber weiter ausüben, bis die Nachfolge geregelt ist. (sda)

Schweinepest belastet Geschäft von Bell

Lebensmittel Der Fleischverarbeiter Bell erleidet wegen des Ausbruchs der Schweinepest in China und der schwach gestarteten Grillsaison Einbussen im ersten Halbjahr. Der Betriebsgewinn sinkt auf unter 50 Millionen Franken verglichen mit 55 Millionen im Vorjahr. (sda)

Adidas verliert Streit um drei Streifen

Markenrecht Der Sportartikelhersteller Adidas hat einen Teil seiner Drei-Streifen-Markenrechte verloren. Ein EU-Gericht urteilte, das Unternehmen habe nicht bewiesen, dass ein Zeichen mit drei gleich breiten, parallelen Streifen, die in beliebiger Richtung an der Ware angebracht seien, den Schutz verdiene. Am Schutz der anderen Marken ändert dies jedoch nichts. (sda)

Wenig Widerstand gegen Frauenquote in den Chefetagen grosser Firmen

Aktienrecht Der Ständerat sorgt für einen Durchbruch in der Gleichstellung. Gelöst ist das Problem damit nicht.

Dominik Feusi

Es war keine Redeschlacht gestern im Ständerat. Dazu war der nach jahrelangem Feilschen noch übrig gebliebene Vorschlag von Geschlechterquoten zu schwach und die letztlich klar obsiegende Mehrheit aus SP, CVP und einer Minderheit von FDP zu absehbar. Die vorberatende Kommission hatte sich zudem bereits für eine Quote bei Verwaltungsräten ausgesprochen.

Nur gerade zwei Ständeräte, der Appenzeller Freisinnige Andrea Caroni und der Walliser CVP-Mann Beat Rieder, wagten noch ein wenig Kritik an der Einführung von Richtwerten für die Geschlechtervertretung zu äussern. Aber auch sie waren einverstanden mit einer Regelung für Verwaltungsräte und störten sich nur noch am Richtwert für Geschäftsleitungsmitglieder.

Caroni versuchte seine Ratskollegen mit einem Gedicht zu überzeugen, doch für seinen Reim «Statt mit Zwang hier dreinzulenken, lasst die Leute selber denken, lieber Freiheit statt Verbote, lieber Qualität statt Quote» erntete er bei seinen Kollegen vor allem Unverständnis.

«Gewaltiger Aufholbedarf»

Von «Signalen», «Zeichen» und «Symbolen» war dafür die Rede bei den Befürwortern. Und von der Hoffnung, eine Regelung im Aktienrecht würde rasch an der Tatsache etwas ändern, dass Frauen in den Führungsetagen stark untervertreten sind.

Die Gleichberechtigung komme viel zu langsam voran, sagte die jurassische CVP-Vertreterin Anne Seydoux. Sie verwies auf die erst kürzlich veröffentlichten Zahlen des Unternehmensberaters Guido Schilling. Der Frauenanteil in den Verwaltungsräten in den grössten Schweizer Unternehmen überschritt gemäss seinem «Schillingreport» erst dieses Jahr die 20-Prozent-Marke. Bei den Geschäftsleitungen liegt er noch unter zehn Prozent.

Sie erhielt Unterstützung durch den Zürcher SP-Ständerat Daniel Jositsch, der einen «gewaltigen Aufholbedarf» feststellte. Wenn er an der Universität in die Reihen seiner Studierenden schaue, sehe er mehrheitlich Frauen. Wenn er dann die Füh-



In Schweizer Kader-Sitzungszimmern werden künftig deutlich mehr Frauen mitreden. Foto: Gaëtan Bally (Keystone)

rungsregimenten in Wirtschaft, Gesellschaft und Verwaltung betrachte, sehe er vor allem Männer. Das drücke auf die Qualität, denn gemischte Führungsgremien seien besser.

SP-Präsident Christian Levrat fand, gegen Massnahmen zur Gleichstellung der Frauen gebe es immer die gleichen drei Argumente. Erstens gebe es die Diskriminierung gar nicht, zweitens sei die vorgeschlagene Massnahme falsch, drittens sei gerade nicht der richtige Zeitpunkt. Das sei alles falsch. Der Ständerat müsse beweisen, dass er auf der «Höhe der Zeit» sei. Für die Bas-

ler SP-Ständerätin Anita Fetz beinhaltet die Regelung nur noch «Quötchen mit Samtpfötchen». Und was die Qualität angehe, habe die «Männerquote von 90 Prozent» mit dem Untergang der Swissair, dem Beinahe-Crash der UBS und der weltweiten Finanzkrise versagt.

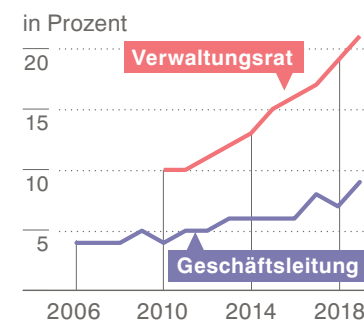
«Männer werden froh sein»

Die entscheidende Unterstützung kam von der CVP, die im Ständerat die grösste Abordnung stellt. Der Luzerner Konrad Graber verwies auf den Fachkräftemangel. Dieser werde dazu führen, dass man die Frauen

dringend brauche. In der Praxis sei es schwieriger, Frauen für Stellen in Konzernleitungen zu finden, aber es sei möglich. Man beschliesse zwar nur einen kleinen, aber fälligen Schritt.

Der Obwaldner CVP-Ständerat Erich Ettlín verwies auf die Frauenmehrheit an Gymnasien und Universitäten. Die Frauen müssten dann aber auch tatsächlich die Kaderstellen annehmen. Dann werde sich das Problem lösen. «Die Frauen werden den Richtwert sowieso erreichen», zeigte er sich überzeugt. «Dann werden wir Männer froh sein, dass es ein Geschlechterricht-

Frauenanteile bei den hundert grössten Arbeitgebern



Grafik: mt/Quelle: Schillingreport

Frauenanteile grosser Arbeitgeber

Anteile in den Verwaltungsräten (VR) und Geschäftsleitungen (GL), in Prozent

	VR	GL
Migros	17	14
Coop	50	0
Post	29	13
SBB	33	13
UBS	33	8
Swatch Group	33	14
Swisscom	33	0
Credit Suisse	23	23
Roche	23	10
Novartis	25	25
Nestlé	29	8
Raiffeisen	11	0
Fenaco	11	7
Richemont	20	13
Swiss	20	0
ABB	18	17
Axa	25	11
BKW	29	22
Zurich	45	36

Grafik: mt/Quelle: Schillingreport

wert ist und keine Frauenquote.» Schliesslich vertrat Bundesrätin Karin Keller-Sutter die Position des Bundesrats, die sie noch als Ständerätin abgelehnt hatte, und warb für die Frauenquote. Sie befürchtete, eine Ablehnung stelle einen Casus Belli (zu Deutsch: einen Kriegsgrund) für die SP dar. Diese werde dann das Referendum gegen die seit 14 Jahren dauernde Aktienrechtsrevision ergreifen.

So weit kommt es nun nicht. In einer Stellungnahme begrüsst die SP den «Minischritt» zur Gleichstellung. Diesem Entscheid müssten nun weitere folgen.

Kommentar

Ein kleiner, aber notwendiger Schritt

Es ist nun wirklich keine Revolution, die sich da in Bern abzeichnet, doch es ist ein kleiner, aber feiner Sieg der Frauen nach dem Frauenstreik: Der Ständerat hat einen Richtwert für eine Art Frauenquote in Verwaltungsräten und Geschäftsleitungen von börsenkotierten Unternehmen von 20 respektive 30 Prozent gutgeheissen. Wer das nicht einhält, soll es künftig begründen und Massnahmen zur Verbesserung vorschlagen. Sanktionen sind nicht vorgesehen.

Das ist ein Eingriff in die Organisationsfreiheit der betroffenen Unternehmen und verträgt sich eigentlich nicht mit unserer freiheitlichen Wirtschaftsordnung. Trotzdem ist es klug, dass die Politikerinnen und Politiker diesen Schritt tun. Der Frauenstreik war ein gewaltiges Zeichen, dass die Politik reagieren muss. Wohl noch kein Thema hat so viele Menschen in der Schweiz auf die Strassen gebracht wie die Gleichstellung. Und wenn so viele Frauen sagen, dass diese hierzulande

noch nicht erreicht ist, dann ist dem so – auch wenn mancher Mann anderer Ansicht ist.

Das heisst natürlich nicht, dass jede Massnahme zur Gleichstellung zu unterstützen ist. Im Zuge des Frauenstreiks kommen plötzlich Forderungen der linken Parteien aufs Tapet, die schlicht kontraproduktiv und darum abzulehnen sind. So kündigte gestern die SP Schweiz eine Frauen-Volksinitiative an. Was genau die Genossen wol-

len, ist noch nicht definiert. Das will man jetzt herausfinden.

Diskutiert wird ein Recht auf Teilzeit, das heisst, Väter und Mütter sollen neu einen Rechtsanspruch auf Reduktion ihres Arbeitspensums bekommen, damit sie Beruf und Familie besser vereinbaren können. Das tönt sympathisch, lässt sich aber nur durchsetzen, wenn man den Kündigungsschutz ausbaut. Wohin das führt, kann man in Frankreich oder Italien sehen – nämlich dazu, dass kein Unter-

nehmen mehr junge Leute anstellt. Fazit: Die Gleichstellung braucht manchmal Support vom Staat, und viele Herren müssen über ihren Schatten springen. Aber die Massnahmen müssen gut durchdacht sein, sonst richten sie mehr Schaden an, als sie nützen.



Arthur Rutishauser
Chefredaktor
Redaktion Tamedia